

Auszug aus der Niederschrift
23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 24.01.2024

2.2 Sachstand zur Entwicklung der Angebote in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege
M/17/4392-01
zur Kenntnis genommen

Herr Girrullis empfindet die Vorlage als erschreckend ehrlich, da die Probleme nun benannt werden. Wichtig für die Familien ist eine verlässliche Betreuung.

Frau Salwik merkt an, dass die Diskussion nun mit dem Schwerpunkt „was können wir uns leisten“ geführt werden muss. Eine Mindestbetreuung sei aber sicherzustellen. Ferner fragt sie nach Konzepten, wie die hohe Fluktuation in der Kindertagespflege reduziert und die Pflegepersonen länger gebunden werden können.

Hierzu berichten Frau Eggemann und Herr Schmidt, dass derzeit eine neue Satzung für die Kindertagespflege erstellt wird. Der Fachbereich ist im Austausch mit den Pflegekräften.

Herr Lösken ist dankbar für die realistische Vorlage. Sie beschönigt seiner Ansicht nach aber auch, da sie davon ausgeht, dass bestehende Angebote auch weiterhin zur Verfügung stehen. Wegen der fehlenden finanziellen Auskömmlichkeit zögen sich die Träger inzwischen zurück, die bestehenden Angebote wackeln. Obgleich die Stadt in dieser Angelegenheit nicht der Ansprechpartner ist, sind die Träger der Kommune gegenüber zutiefst dankbar für deren finanzielles Engagement.

Auch Herr Mulia bedankt sich für die Vorlage. Es fehlen noch immer zahlreiche Betreuungsplätze. Das Problem werde zukünftig noch größer werden, da mehr Eltern Interesse an einer u3-Betreuung haben werden. Er appelliert an die Stadt, weitere städtische Kindertageseinrichtungen zu schaffen.

Die Wirklichkeit, so Herr Rubin, stelle sich aufgrund fehlender Umsetzungsmöglichkeiten anders dar, als das, was man beschlossen hat. Auf kommunaler Ebene wird versucht zu retten, was möglich ist. Man muss sich fragen: Was können wir uns leisten und was können wir auch umsetzen?

Herr Schmidt teilt die Sorge, dass das bestehende Angebot nicht aufrechtzuerhalten ist. Weil Personal fehlt und Einrichtungen teilweise nicht vollständig belegt sind, sei eine Entscheidung gegen die Anschaffung von Raumzellen getroffen worden. Die erfolgten finanziellen Hilfen sichern den Betrieb nur bis zu den Sommerferien. Daher sind weitere Gespräche notwendig, wie die Hilfen im kommenden Kindergartenjahr gestaltet werden können. Bei der Ausbildung sei die hohe Abbrecherquote bedauerlich.

Im Anschluss nimmt der Jugendhilfeausschuss die Vorlage zur Kenntnis.